

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Mag. Jörg Leichtfried, Dr. Harald Troch,
Genossinnen und Genossen

betreffend „Flucht, Asyl, Migration und Integration“

eingebraucht im Zuge der Debatte zur Dringlichen Anfrage der Abgeordneten KO Herbert Kickl und weiterer Abgeordneter an den Bundesminister für Finanzen betreffend Schluss mit dem Milliardengrab für eine falsche Asyl-, Zuwanderungs- und Integrationspolitik in Österreich und Europa – Österreich braucht jedem Euro für die Opfer des schwarz-grünen Corona-Desasters!

Seien es die Corona-Krise und ihre Folgen auf Arbeitsplätze, Wirtschaft und soziale Errungenschaften oder Fragen der Flüchtlings-, Asyl-, Migrations- und Integrationspolitik – es geht darum, Probleme rasch zu erkennen und umgehend Schritte zu setzen, diese zu lösen. Seit dem Zweiten Weltkrieg waren nicht mehr so viele Menschen in Österreich von Arbeitslosigkeit betroffen, wie derzeit. Die Wirtschaft erlebt in Folge der Corona-Krise einen drastischen Einbruch und hier gilt es seitens der Politik entschieden und rasch gegenzusteuern. Gleichzeitig sind nach wie vor Millionen Menschen weltweit auf der Flucht vor Verfolgung, Missständen und Not.

Die Lösung dieser Probleme können nicht Spaltung, Zuspitzung und Problembesprechungen sein. Es geht um die Erarbeitung und Umsetzung praxisnaher und konkreter Konzepte, auch im Bereich der Steuerung von Migration und bei der gemeinsamen Bewältigung der Flüchtlingsproblematik im Rahmen der EU und der internationalen Staatengemeinschaft. Die derzeitige Situation ist geprägt von einem Hin- und Herschieben von Verantwortung und gegenseitigen Schuldzuweisungen, sowohl auf nationaler Ebene, als auch auf EU-Ebene und der Untätigkeit der Bundesregierung konkrete Projekte umzusetzen.

Es braucht rasch konkrete Hilfe für Flüchtlinge vor Ort. Etwa durch Erhöhung der Mittel für humanitäre Hilfe, Entwicklungszusammenarbeit oder faire Handelsabkommen. Weiters geht es um ein schlüssiges System, das die ganze Verfahrensfrage – von der Antragstellung bis zur Integration oder Rückführung – berücksichtigt. Das alles muss getragen sein von einem Bekenntnis zur Rechtsstaatlichkeit, zu den Menschenrechten und zu einem einheitlichen europäischen Asylsystem.

Schließlich geht es um Integration von Anfang an: Von Bildung über den Spracherwerb bis hin zu Arbeitsmarktmaßnahmen. Das Hauptaugenmerk muss auf die Integration der Menschen gelegt werden, die bereits hier sind. Diesbezügliche finanzielle Mittel dürfen nicht weiter gekürzt werden.

Es geht um ein gesamtheitlich orientiertes Konzept, das alle Bereiche umfasst „Flucht, Asyl, Migration und Integration“.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert ein gesamtheitlich orientiertes Konzept „Flucht, Asyl, Migration und Integration“ vorzulegen, welches auf einer klaren Trennung zwischen Asyl und Arbeitsmigration beruht, das Prinzip Integration vor Zuzug sicherstellt und ein klares Bekenntnis zur Einhaltung der Menschenrechte und der Genfer Flüchtlingskonvention beinhaltet.

Weiters wird die Bundesregierung ersucht, bilateral und im Rahmen der EU einen nachhaltigen Beitrag zur Reduktion von Flucht- und Migrationsursachen zu leisten, um Lebensperspektiven vor Ort zu schaffen.

Darüber hinaus wird die Bundesregierung ersucht, im Rahmen der EU einen effizienten und menschenrechtskonformen EU-Außengrenzenschutz einzusetzen und Schlepperei wirksam zu bekämpfen.

Weiters wird die Bundesregierung ersucht, gemeinsam mit Griechenland und den anderen Mitgliedstaaten der EU die erforderlichen Schritte zu setzen, die eine menschenwürdige Unterbringung der Asylwerber aus Moria und rasche humanitäre Hilfe sicherstellen.

In diesem Zusammenhang wird die Bundesregierung ersucht, die Aufnahme von Kindern und unbegleiteten Minderjährigen aus den griechischen Flüchtlingslagern als humanitäre Notmaßnahme zu ermöglichen und dies mit den europäischen Partnern zu koordinieren. Die Bundesregierung kann sich dabei auf die Aufnahmebereitschaft und Initiativen zahlreicher Bundesländer und Gemeinden stützen.

